

# Lettland

Wim van Meurs

Die Parteienlandschaft blieb auch 2003 in Bewegung: Im Februar verließ die Nationale Harmonie Partei (TSP) das Bündnis für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland. Die PCTVL und die Sozialistische Partei folgten im Juni. Die Gründung der Partei Freie Wahl in einem Europa der Völker sorgte im August für eine weitere Spaltung der politischen Linke.

Die Koalition von Einars Repse überlebte den Bruch mit der Ersten Partei im Januar 2004 und regierte weiter als Dreierkoalition. Obwohl Repse sich im Wahlkampf als Korruptionsbekämpfer profiliert hatte, rissen die Anschuldigungen über die Finanzgebühren seiner Partei nicht ab, sondern führten zu einer parlamentarischen Untersuchung und eine verstärkte öffentliche Debatte über Korruption.<sup>1</sup> Im März schieden Neue Ära und TB/LNNK aus der Regierung aus, die seitdem als Minderheitskabinett aus Grünen- und Bauernunion, Erster Partei und Volkspartei von Indulis Emsis weitergeführt wird. Als Präsidentin wurde Vaira Vike-Freiberga im Juni 2003 wiedergewählt.

## Beitritt zu EU und NATO

Bei einer Wahlbeteiligung von 72% votierten am 20. September 2003 67% der Letten für den EU-Beitritt (trotz letzter Umfragen mit nur 50% Befürworter), aber mit großen regionalen Unterschieden – von 87% Ja-Stimmen in Valmiera bis 67% Nein-Stimmen in Daugavpils.<sup>2</sup> Lettland nominierte die Finanzministerin Sandra Kalniete für die Europäische Kommission und konnte zufrieden feststellen, dass der EU-Beitritt in den nächsten drei Jahren der Staatskasse netto ein Plus von 830 Mio. Euro beschert.<sup>3</sup>

Insbesondere die national-orientierte Für Vaterland und Freiheit/LNNK (TB/LNNK) begründet sowohl den NATO-Beitritt am 2. April 2004 als auch die EU-Vollmitgliedschaft vom 1. Mai 2004 primär mit kollektiver Sicherheit gegenüber Russland und dem globalen Terrorismus. Die baltische sicherheitspolitische Kooperation – Militärakademie in Tartu, die Luftraumüberwachung in Kaunas und die gemeinsamen Einheiten für Friedensmissionen BALTBAT – orientiert sich zunehmend auf EU/NATO-Konfliktinterventionen.

## Wirtschaft, Privatisierung und Handel

Die hervorragenden Wachstumswahlen (2003 mit 7,7% Spitzenreiter der Beitrittsländer und immerhin 5,5% als Prognose für 2004) wurden durch die hohe Arbeitslosigkeit, die 5% Inflation sowie die Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizite getrübt.

Wirtschaftlich und politisch brisant war die Entscheidung des russischen Transnaft Anfang 2003, kein Öl mehr über die von der halbstaatlichen Firma Ventspils Nafta betriebene Pipeline in die Öltankterminals von Ventspils zu pumpen. Da dies nicht nur ein schwerer

1 Global Corruption Report 2003 (Berlin: TI, 2003), S. 180.

2 RFE/RL Newslines 4/31 (26.09.03).

3 RFE/RL Newslines 4/19 (11.06.03).

Schlag für die Hafenstadt war, sondern von russischer Seite gleichzeitig Interesse am Kauf der dadurch entwerteten Firma Ventspils Nafta bekundet wurde, suchte Riga Unterstützung in Brüssel und bei der WHO, schloss einen Aktienverkauf unter diesen Umständen kategorisch aus.<sup>4</sup> Insgesamt war die GUS Anfang 2004 nur noch für weniger als 9% des lettischen Exports- und 18,5% des Importvolumens verantwortlich (die EU-15 für 63% bzw. 48%).<sup>5</sup>

### **Regionalkooperation und Minderheitenpolitik**

Auch Lettland war von dem Moskauer Junktim zwischen der Ausweitung des EU-Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) auf die zehn Neumitgliedern und der Lage der Russischsprachigen betroffen.<sup>6</sup> Mit der gleichen Zielrichtung wird von russischer Seite ebenso die seit einem Jahrzehnt schleppende Ratifizierung des bilateralen Grenzvertrages hinausgezögert, während Präsident Putin im Januar 2004 erneut eine Quotenregelung für Russischsprachigen in Polizeidienst und öffentlicher Verwaltung forderte. Riga bemühte sich um eine Versachlichung der Diskussion durch die Wiederbelebung der bilateralen Kommission mit Russland. Seinerseits versuchte Lettland ein Junktim zwischen der Ratifizierung des Grenzvertrages in der Duma und der Lockerung der EU-Visaregelungen aufzubauen. EU-Kommissar Verheugen wies die russischen Anschuldigungen entschieden zurück und ermutigte die baltischen Russen, einen lettischen Pass zu beantragen.<sup>7</sup>

Die politische und öffentliche Debatte über Minderheitenrechte erscheint in Lettland angespannter als in Estland. Es gab Proteste gegen eine Bildungsreform, die die Verwendung der Minderheitensprache ab September 2004 auf Fächer mit direktem Bezug zu Identität, Kultur und Sprache bzw. 40% der Unterrichtsstunden begrenzen würde, und die konservative TB/LNNK wollte Nichtstaatsbürger vom Lehramt ausschließen. Andererseits möchte die sozialliberale TSP allen seit der Unabhängigkeit in Lettland geborenen Kindern die Staatsbürgerschaft und allen Nichtstaatsbürger das aktive Kommunalwahlrecht geben. Die Debatte über die EP-Kandidatur ehemaliger Kommunisten und KGB-ler erscheint ebenso müßig wie die Proteste der Kommunistischen Partei gegen das EU-Referendum wegen des Ausschlusses der Nichtstaatsbürger. Bezeichnend ist, dass die lettischen Politiker sich zu einer Ratifizierung der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten nicht durchringen konnten.

---

4 LETA (11.02.03); O. Syromyatnikova, W. van Meurs, Europäische Zeitung 8 (2003), S. 44-45.

5 Current Latvia 16 (13.04.04).

6 Siehe den Beitrag zu Estland in diesem Band.

7 BNS (27.10.03).